Je ernster die Lage, desto weniger Hysterie

Wolfgang Seibel, Politikwissenschaftler an der Universität Konstanz, spricht im Interview über die Folgen des Anschlags für Politik und Gesellschaft.

Wird es für Angela Merkel wegen ihrer Flüchtlingspolitik jetzt gefährlich?
Merkwürdigerweise hört man immer den Begriff „Merkels Flüchtlingspolitik". Soweit ich weiß, haben wir in Berlin eine Regierungskoalition, und die Flüchtlingspolitik ist die Politik genau dieser Regierung aus CDU, CSU und SPD. Es geht aber gar nicht um Flüchtlingspolitik, es geht um Sicherheitspolitik. Und was die betrifft, sollte man das Pferd nicht vom Schwanz aufzäumen. Unbestreitbar nutzen die islamistischen Terrornetzwerke die Gegebenheiten, wie sie durch den Flüchtlingszustrom entstanden sind. Aber es wäre irreführend, wenn man annehmen würde, dass die Drahtzieher des Terrors ohne solche begünstigenden Bedingungen nicht andere Wege gefunden hätten und wohl auch in Zukunft finden werden, ihre Anschläge auszuführen. Und natürlich steht die Bundeskanzlerin hier unter Druck, die entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen. Gefährlich würde es für sie nur, wenn sich die Regierung nicht als handlungsfähig erweisen sollte, aber dafür gibt es im Moment keine Anzeichen.

Gibt der Anschlag den Rechtspopulisten weiteren Auftrieb?
Das hängt sehr davon ab, wie wir alle mit dem Thema umgehen. Dass die AfD islamistische Terroranschläge für ihre eigene Propaganda ausnutzt, kann nicht überraschen. Aber wer jetzt eine Diskussion über Zuwanderung vom Zaun bricht und Ängste vor islamischer Unterwanderung schürt, lenkt vom Terrorismus selbst eher ab. Das Gleiche gilt aber auch für diejenigen, die in der Vergangenheit das Bild von der Tätigkeit unserer Sicherheitsbehörden auf systematisches Abhören und die flächendeckende Abschöpfung von Kommunikationsdaten reduziert haben. Auch in diesem Fall ist ja nicht der Rechtspopulismus allein das Problem, sondern das gegenseitige Aufschaukeln der Vereinfachungsparolen von rechts und links.

Spaltet der Anschlag das Land weiter?
Was dies betrifft, bin ich eher zuversichtlich. Die Berliner haben uns ja vorgemacht, wie man am besten mit dieser Herausforderung umgeht. Die Berliner haben vielleicht nicht die beste Verwaltung, aber sie sind von einer bemerkenswerten Gelassenheit. Das ist vielleicht das Erbe ganz anderer Herausforderungen, die sie zu bestehen hatten, wenn man an die Zeit des Kalten Krieges denkt, des Mauerbaus und der ständigen Gefahr einer militärischen Konfrontation der damaligen Supermächte USA und UdSSR, die wie ein Damoklesschwert über Berlin hing. Für Hysterie und Spaltungsgerede ist man normalerweise umso weniger anfällig je ernster die Lage ist.

Welche weitere Entwicklung lässt sich aus dem Vorbild Frankreich ablesen?
Es ist erstaunlich, dass wir in Deutschland trotz der Erfahrungen mit dem Anschlag von Nizza am 14. Juli dieses Jahres keine massiven Poller vor großflächigen Alleen oder Plätzen errichtet haben. Man wusste schließlich, dass Anschläge mit Lastwagen zum Repertoire der Terroristen gehören. Es gab offenbar auch keine Videoüberwachung auf dem Breitscheidplatz. Wir müssen mehr tun für die Stärkung von Polizei und Nachrichtendiensten und für die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Das ist aktiver Grundrechtsschutz, in diesem Fall Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit aller. (huf)

Polizisten sichern den Tatort rund um die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Noch immer liegen Trümmer und medizinische Hilfsmittel der Rettungskräfte auf dem Gelände des Weihnachtsmarktes. Die am Tag nach dem Anschlag geschlossenen Weihnachtsmärkte in Berlin öffneten wieder ihre Tore. Auch der angegriffene Markt am Breitscheidplatz zu Füßen der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche soll heute wieder in Betrieb genommen werden. BILD: AFP

Merkel unter Druck

- Erneut greift die CSU die Bundeskanzlerin an
- Seehofer mahnt neue Sicherheitspolitik an
- Die politische Debatte läuft auf Hochtouren

VON RALF MÜLLER, MARGIT HUFNAGEL UND DPA

Als die ersten Meldungen von dem Anschlag am Montagabend eingehen, ist Bundeskanzlerin Angela Merkel gerade mit Integrationshelfern im Kanzleramt zusammen. Sie würdigt deren großen Leistungen und warnt vor Diskriminierung. Sie sagt: „Es gibt immer Menschen, die müssen etwas länger überzeugt werden. Es gibt sogar Menschen, die hören gar nicht hin. Dann muss man dann auch einfach seinen Weg weitergehen." Merkel hatte Flüchtlingen in der Not 2015 großzügig helfen lassen, die Willkommenskultur der Deutschen wurde weltweit bewundert. Doch dann setzte eine tiefe Verunsicherung ein, ob Deutschland in der Lage sein wird, die vielen Hilfesuchenden vor allem aus Syrien, dem Irak und Afghanistan zu integrieren. Als sie am Dienstag vor die Kameras tritt, trägt sie Trauer. Sie sagt, es wäre „besonders widerwärtig", sollte es sich bei dem Attentäter um einen Flüchtling handeln. Am Mittwoch schließlich ist das widerwärtige Wirklichkeit geworden: Ein Flüchtling ausgerechnet aus Tunesien wird gejagt. Egal, wie die Hintergründe aussehen, egal, ob es sich am Ende um den richtigen Täter handeln wird: Alle Blicke richten sich auf die Kanzlerin. Wird Merkel, die sich nach langem Ringen im November für eine vierte Kanzlerkandidatur entschieden hat, das alles unbeschadet überstehen?

Fakt ist: Der Druck auf sie wird nicht geringer. CSU-Chef Horst Seehofer gehört auch dieses Mal zu den ersten, die öffentlich Stellung beziehen – und zwar gegen die eigene Kanzlerin. „Wir sind es den Opfern, den Betroffenen und der gesamten Bevölkerung schuldig, dass wir unsere gesamte Zuwanderungs- und Sicherheitspolitik überdenken und neu justieren", sagt Seehofer. Für die Bayern war klar: Der blutige Anschlag war Folge der Masseneinwanderung des Jahres 2015. Seehofers treuer Generalsekretär Andreas Scheuer wiederholte den schweren Vorwurf mit anderen Worten: Man müsse „die Kontrolle über die Sicherheitslage herstellen". Anders formuliert: Sie ist also der Merkel-Regierung entglitten, die Kontrolle.

Bayern habe „seit Mitte 2015 wiederholt Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheitslage gemacht, die leider nur teilweise von der Bundesregierung oder dem Bundesgesetzgeber aufgenommen und umgesetzt worden sind. Hier besteht nach wie vor akuter Handlungsbedarf", hieß es nach einer Sondersitzung von Seehofers Landeskabinett am Dienstagabend.

Eine Arbeitsgruppe der CSU-Staatsregierung soll nun Vorschläge vorlegen, „um die Sicherheitslage zu verbessern und die Zuwanderung zu begrenzen". Dann gibt es auch noch eine Schaltkonferenz des CSU-Präsidiums – in der der Druck auf die CDU erhöht wird: Kurzerhand wird ein für Anfang Februar geplantes Spitzentreffen mit der CDU in München unter Vorbehalt gestellt. Es müssten vorher entscheidende Fragen in der Zuwanderungs- und Sicherheitspolitik geklärt werden, sonst mache das Treffen keinen Sinn – das war laut Teilnehmern Konsens.

Während CSU-Fans auf Twitter loben, Seehofer sei der Einzige, der ausspreche, was die Bevölkerung denke, ist die Kritik vonseiten der Opposition und in Zeitungskommentaren groß. Tenor: Der CSU-Vorsitzende versuche, die AfD zu übertrumpfen. Es ist aber eben auch ein offenes Geheimnis, dass viele CDU-Politiker Seehofers Meinung teilen und sich eine härtere Gangart von Merkel wünschen. Am Mittwoch aber haben erst einmal die Verteidiger der Kanzlerin das Wort, wie etwa die stellvertretende CDU-Chefin Julia Klöckner: „Selbst eine Obergrenze gewährleistet doch nicht, dass nur Heilige unter den Flüchtlingen wären", sagt sie.

Merkel hat im November betont, dass der Wahlkampf 2017 ihr schwierigster werden wird. Der Anschlag vom 19. Dezember bestätigt das auf bittere Weise. Rechte Kräfte setzen jetzt auf Zulauf. Für Bundespräsident Joachim Gauck ist Deutschland aber in „Trauer vereint". Und er zeigt sich zuversichtlich: „Unser Zusammenhalt wird nicht schwächer. Er wird stärker, wenn wir angegriffen werden."

Zwischen Trotz und Trauer: Berlin ist vom Alltag noch weit entfernt. Das Brandenburger Tor leuchtet in den Abendstunden in den deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold. Doch es gibt auch diejenigen Berliner, die dem Terror mit demonstrativem Optimismus begegnen. In den sozialen Medien werden Posts wie der von Rayk Anders geteilt. Darin hat der Journalist eine deutliche Botschaft an den Täter: „Berlin ist die Stadt der Freiheit. Der Inbegriff von Freiheit. Und deine feige Attacke hat nichts daran geändert." Auf YouTube haben es fast 24 000 Menschen gesehen.

Die Kanzlerin besuchte am Dienstag mit Ministern den Ort des Anschlags. Die CSU kritisiert Merkel scharf für ihre Flüchtlingspolitik. BILD: DPA

Was wir über die Opfer wissen

- Unter den Opfern des Terroranschlags sind mehrere Ausländer. Eine 31-jährige Frau aus Sulmona in den **Abruzzen** wird vermisst, die seit mehreren Jahren in Berlin lebt. Ihr Handy sei am Ort des Anschlags am Breitscheidplatz gefunden worden. Die Familie sei noch in der Nacht zum Dienstag vom Außenministerium informiert worden, sagte der Vater der Frau. Seine Frau und sein Sohn seien inzwischen in Berlin, wo sie auf die Ergebnisse eines DNA-Tests warteten. Die 31-Jährige wollte am Donnerstag für die Weihnachtstage in die Heimat fliegen.
- Vermisst wird auch eine Frau aus **Israel**, die mit ihrem Mann auf dem Weihnachtsmarkt war. Der Mann, ebenfalls israelischer Staatsbürger, wurde bei der Attacke schwer verletzt. Er sei mehrmals operiert worden, schwebe aber nicht in Lebensgefahr.
- Nach Angaben von BKA-Präsident Holger Münch konnten bislang sechs der elf Menschen **identifiziert** werden, die von dem Lastwagen auf dem Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche getötet wurden. Es handelt sich bei allen sechs um deutsche Staatsbürger. Identifiziert ist auch der polnische Lkw-Fahrer, der wohl von dem Attentäter erschossen wurde. Damit ist die Identität von fünf Toten noch nicht abschließend geklärt. 14 Menschen ringen nach wie vor mit dem Tod.

SK So titeln Zeitungen nach dem Anschlag in Berlin: **www.sk.de/exklusiv**

„Berlin hält zusammen" – das ist das Motto vieler Menschen, die nach dem Anschlag auf die Straße gehen. Bundespräsident Gauck zeigt sich zuversichtlich: „Der Hass der Täter wird uns nicht zu Hass verführen." BILD: DPA

Der beschädigte Lkw wird vom Breitscheidplatz abgeschleppt. Die Tannenspitze steckt noch im Führerhaus. BILD: DPA

Was Videoüberwachung leistet

- Einsatz durch Polizei unterliegt strengen Regeln
- Was die bisherigen Erfahrungen lehren

VON ALEXANDER MICHEL

Noch vor wenigen Wochen legte sich Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) für den Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum ins Zeug. Sie helfe, so der Minister, Kriminalfälle aufzuklären, schrecke von diesen ab und verhindere Straftaten. Viele Experten bezweifeln allerdings, dass die Videotechnik diese großen Erwartungen zur Gänze erfüllen kann. Thomas Strobl kann sich indes bestätigt fühlen: Das Bundeskabinett hat gestern Gesetzentwürfe gebilligt, die auch eine Ausdehnung der Videoüberwachung vorsehen.

Das Vorhaben der Regierung ist Teil eines Sicherheitspakets, das von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) als Reaktion auf die Anschläge von Würzburg und Ansbach sowie auf den Amoklauf von München in diesem Sommer geschnürt wurde. Die Attacke von Berlin gibt der Debatte um das Für und Wider von mehr Videoüberwachung Auftrieb. Aus der Berliner rot-rot-grünen Regierung hieß es gestern, an eine Ausweitung der Videoüberwachung in der Stadt sei nicht gedacht. Stattdessen soll die Polizei mehr Präsenz auf den Straßen zeigen und besser ausgerüstet werden.

Auch die Datenschützer sind von einem Mehr an Videotechnik nicht überzeugt. So stießen de Maizières Pläne Anfang November auf das einhellige Nein der Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern. „Der Gesetzentwurf", so hieß es, „vermag nicht zu begründen, dass die angestrebte Erleichterung der Videoüberwachung die öffentliche Sicherheit besser gewährleisten kann, als dies gegenwärtig der Fall ist."

Das Land Baden-Württemberg selbst verfolgt bei der Videoüberwachung einen Kurs, der sich nach örtlichen Notwendigkeiten richtet. So verweist auf SÜDKURIER-Anfrage ein Sprecher des Strobl-Ministeriums darauf, dass auch der Stuttgarter Weihnachtsmarkt – ebenso wie der Markt auf dem Berliner Breitscheidplatz – nicht videoüberwacht sei. Anders sieht es bei der Silvesterparty demnächst auf dem Stuttgarter Schlossplatz aus. Nachdem es dort im vergangenen Jahr zu Diebstählen und sexistischen Belästigungen gekommen sei, werde in diesem Jahr „videografiert", wie der Ministeriumssprecher ankündigt. Software für eine Gesichtserkennung gibt es nicht, allerdings können die Objektive der mobilen Kameras – in einem Leitstand bedient – das Bild auffälliger Personen heranzoomen.

So wollen es die Bestimmungen: Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss durch Schilder ausgewiesen werden. BILD: DPA

„Einfach nur Kameras aufhängen, die die Umgebung aufzeichnen, hat zunächst keinen bzw. nur einen repressiven Wert."

Markus Weidenauer, Sicherheitsexperte

Bei ihrem Vorgehen unterliegen die Beamten den strengen Richtlinien von Paragraf 21 des baden-württembergischen Polizeigesetzes. Demnach ist die Überwachung durch Bild und Ton nur bei jenen öffentlichen Veranstaltungen und Ansammlungen erlaubt, die ein „besonderes Gefährdungsrisiko aufweisen". Dann ist die Videoüberwachung von Personen „zur Erkennung und Abwehr von Gefahren" rechtens. Die Aufnahmen werden in der Regel nicht länger als 60 Sekunden gespeichert. Spätestens nach vier Wochen müssen die Daten gelöscht sein. Ausnahme: Sind sie nach einer Straftat als Beweise erforderlich, bleiben sie auf der Festplatte der Polizei.

Dass sich ein islamistischer Attentäter durch Videoüberwachung bremsen lässt, wird auch im Stuttgarter Innenministerium bezweifelt. „Er wird sich wohl eher nicht von der Tat abschrecken lassen", vermutet der Sprecher. In dem Fall liegt der Vorteil der Überwachung in ihrem Nutzen bei der Fahndung nach dem Flüchtenden. Andererseits, so der Sprecher, vermittle die Videotechnik den Bürgern das Gefühl, dass etwas für seine Sicherheit getan werde.

Beim Schutz vor Straßenkriminalität kann die Videoüberwachung durchaus Erfolge verbuchen, worauf das Innenministerium hinweist. So wurden von 2001 bis 2007 in Mannheim die Kriminalitätsschwerpunkte Paradeplatz und Neckartor videoüberwacht, worauf die Zahl der Straftaten deutlich abnahm. Somit fiel die Voraussetzung der „Gefährdungslage" weg, und das Polizeipräsidium musste die Kameras wieder abmonieren. Ob das der Kriminalprävention dient, ist zumindest fraglich. Seit diesen Herbst wacht die Mannheimer Videotechnik über die Fußgängerzone Planken und die Breite Straße, nachdem dort 2015 immer mehr Delikte festgestellt wurden.

Auch die Münchner Polizei vertraute während des jüngsten Oktoberfests Wiesn nicht nur auf einen Schutzzaun, der unkontrollierte Eindringen verhindern sollte, sondern auch auf Videoüberwachung. „So etwas hätte sich auch auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin angeboten", meint Markus Weidenauer, Geschäftsführer der SecCon Group GmbH in München, die unter anderem Sicherheitskonzepte für Unternehmen und Veranstaltungen anbietet. Gegenüber dem SÜDKURIER betont der Experte, dass die Technik mit einem klaren Auftrag verbunden sein muss: „Einfach nur Kameras aufhängen, die die Umgebung aufzeichnen, hat zunächst keinen bzw. nur einen repressiven Wert", sagt Weidenauer. „Sie können nur im Nachgang dazu beitragen, eventuelle Straftaten aufzuklären." Als Beispiel nennt er den Berliner U-Bahn-Treter, den eine Kamera gefilmt hatte. „Videoüberwachung wie es sich die Bevölkerung vorstellt, bedeutet im Umkehrschluss also, dass jemand vor den Kameras sitzen muss und die Bilder laufend auswertet", fährt Weidenauer fort. Das müsse personell erst einmal gestemmt werden. „Ganz zu schweigen von der Qualifikation, die so jemand mitbringen muss, um Situationen richtig beurteilen zu können und um die richtigen Maßnahmen einzuleiten."

Weg frei für mehr Kameras

Die Videoüberwachung von öffentlich zugänglichen Orten wie Einkaufszentren oder Stadien soll ausgeweitet werden. Um was es dabei im Einzelnen geht:

- **Sicherheit vor Datenschutz:** Der Entwurf von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sieht vor, das Datenschutzgesetz so zu ändern, dass Sicherheitsbelange bei der Entscheidung über die Überwachung stärker als bisher berücksichtigt werden.
- **Einsatzgebiet:** Das Gesetz bezieht sich auf private Betreiber von Veranstaltungen mit vielen Menschen. Sie werden allerdings nicht angewiesen, die Überwachung auszuweiten. Dies ist nach den Worten eines Sprechers „aus Sicht der Bundesregierung wünschenswert". Die Neuregelung ist auch auf Weihnachtsmärkte anwendbar – wenn es Einlasskontrollen gibt.
- **Weitere Technik:** Auch die „intelligente" Überwachung, die etwa Gesichter oder Kennzeichen automatisch erkennt, soll ausgeweitet werden. Außerdem soll die Bundespolizei so genannte Bodycams verstärkt nutzen können. Und schließlich wird die Aufzeichnung von Anrufen bei der Bundespolizei erleichtert, um diese gegebenenfalls später auswerten zu können.
- **Was die Bürger denken:** Die große Mehrheit Deutschen ist laut einer Umfrage vom Anfang November mit der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen einverstanden. In der Erhebung des Instituts YouGov akzeptieren 92 Prozent der Befragten Videoüberwachung. Den Einsatz von mehr Überwachungskameras zum Schutz vor Terroranschlägen sehen viele aber auch skeptisch. 15 Prozent fühlen sich „sehr viel sicherer", wenn sie an öffentlichen Plätzen eine Überwachungskamera sehen; 38 Prozent „etwas sicherer". 39 Prozent meinten, es mache keinen Unterschied, ob sie eine Kamera sehen oder nicht. Besonders groß ist der Zuspruch für die Überwachung, wenn diese an Bahnhöfen und U-Bahnhöfen (88 Prozent) sowie Flughäfen (86 Prozent) erfolgt. (dpa)

SK Mehr Videoüberwachung: Wie die Bundesregierung die innere Sicherheit stärken will: **www.sk.de/exklusiv**

„Weihnachtsmärkte sind ein Zeichen für den Frieden – und für die Freiheit, die wir weiterhin leben wollen."

Sascha Ellinghaus, Leiter der katholischen Circus- und Schaustellerseelsorge in Deutschland

„Dieser Terroranschlag hat uns allen gegolten – und er hat uns alle getroffen."

Muhterem Aras, baden-württembergische Landtagspräsidentin

„Passt mal auf, ihr Radikal-Spinner: Das hier ist Berlin. WIR sind Berlin. Wir fahren S-Bahn in der Rush Hour. Wir raunzen, wenn man freundlich zu uns ist", heißt es zu Beginn des Posts. Um dann trotzig zu schließen: „Manche von uns sind Türken. Oder Russen. Oder Amerikaner. Pakistani, ja!!! Oder sogar Baden-Württemberger. Angst vor Euch?! Dream on, Pussies! Ihr könnt uns mal!"

Philipp Michaelis, Journalist, in einem Facebook-Eintrag

„Der Terrorstoß ins Herz Deutschlands und ins Herz christlich geprägter Kultur legt offen, dass unser Leben verletzlich ist."

Gebhard Fürst, Bischof der katholischen Diözese Rottenburg-Stuttgart

„Es ist jetzt die Zeit des Mitgefühls und des Zusammenhalts. Auch die Sicherheitsbehörden müssen Zeit bekommen, ihren Job zu machen."

Manuela Schwesig, Bundesfamilienministerin

„Niemand sollte versuchen, dieses abscheuliche Verbrechen für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Wer es dennoch tut, entlarvt sich selbst als verantwortungslos."

Heiko Maas, Bundesjustizminister

„Die wohltemperierte Asylpolitik der letzten Monate, die uns allzu oft durch Bundesrat und auch den Koalitionspartner aufgezwungen wurde, sehe ich so nicht als fortsetzbar an."

Armin Schuster, CDU-Innenpolitiker